

BUNDESTAGSWAHL



Was CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP für den Einzelhandel tun wollen

Prüfsteine der Parteien zur Bundestagswahl

Im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl hat der Handelsverband Wohnen und Büro e.V. (HWB) im 2. Quartal im Namen seiner Fachbereiche Koch- und Tischkultur (GPK), Möbel und Küchen (BVDM) sowie Büro und Schreibkultur (HBS) die Spitzenkandidaten der sechs größten Parteien – CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und AfD um deren Meinung zur Coronapandemie und zu geplanten Maßnahmen für den stationären Einzelhandel gebeten. Alle Parteien haben identische Fragen erhalten und dem HWB gegenüber beantwortet. Motivation hierfür war ein übersichtliches Meinungsbild der Politik zu Corona und zum Lockdown-geplagten stationären Fachhandel zu erhalten. Die Antworten der AfD lagen zum Redaktionsschluss am 5. August 2021 nicht vor und konnten daher nicht in die Übersicht aufgenommen werden.

1 Der stationäre Non-Food-Einzelhandel leidet unter der Coronapandemie. Welche Hoffnungen und Ausblicke wollen Sie unseren Händlern hierzu mitteilen?

CDU/CSU: (Die Antworten zu den Fragen 1 & 4 wurden zusammengefasst beantwortet): Wir wollen unsere Innenstädte erhalten. Sie müssen nach der Corona-Krise modern gestaltet und in ihrer Funktion als Orte der Begegnung und Vielfalt gestärkt werden. Lebendige Fußgängerzonen, Marktplätze und der vielfältige Einzelhandel vor Ort machen unsere Städte lebenswert. Gleichzeitig stehen unsere Einzelhändler mit der Digitalisierung und dem E-Commerce vor enormen Herausforderungen und auch die Corona-Pandemie stellt für sie eine historische Belastung dar. Dabei wollen wir die Einzelhändler



Wir werden ein Förderprogramm „Attraktive Innenstadt“ auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemeinden profitieren.

unterstützen und begleiten, um auch in Zukunft ein verlässlicher Partner zu sein.

Deshalb werden wir einen Zukunftspakt für Innenstädte schmieden. Als wichtigen Teil des Pakts werden wir zusätzlich zu den bestehenden Städtebauprogrammen ein Förderprogramm „Attraktive Innenstadt“ auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemeinden profitieren. Damit wollen wir deutlich mehr Mittel bereitstellen, beispielsweise für die Modernisierung von Fußgängerzonen oder den Umbau von Passagen und Ladengeschäften. Auch Dorf- und Innenstadtmanager mit einschlägigem Know-how sollen so gefördert werden können. Wir werden Smart-City-Konzepte entwickeln und ein eigenständiges Programm für mehr Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen.

Auch die Dorfkernsanierung werden wir noch stärker fördern. Alle Altersgruppen sollen mitten im Ort am öffentlichen Leben teilhaben können. Dazu werden wir den Wohnraum im

Ortskern für Alt und Jung neu in den Blick nehmen, die dortige Ansiedlung von Unternehmen und Start-ups mit Investitionszulagen fördern und den Ausbau der Mehrfunktionshäuser und Dorfläden unterstützen.

SPD: (Die Antworten zu den Fragen 1 & 2 wurden zusammengefasst beantwortet): Der stationäre Einzelhandel hat unter den pandemiebedingten Schließungen stark gelitten. Uns ist bewusst, dass viele Geschäfte akut in ihrer Existenz bedroht waren und es teilweise immer noch sind. Um diese schwere Zeit zu überbrücken, haben wir zunächst umfangreiche Finanzhilfen bereitgestellt. Uns war jedoch stets bewusst, dass ohne eine klare Öffnungsperspektive der stationäre Einzelhandel keine Zukunft hat. Daher haben wir im März die Möglichkeit für kostenfreie Bürgertests geschaffen, die es Kund:innen wieder erlaubten, Läden aufzusuchen, wenn sie ein negatives Testergebnis vorweisen konnten. Diese Maßnahmen waren erfolgreich: Es ist uns gelungen, die Inzidenzen wieder auf ein sehr niedriges Niveau zu senken und gleichzeitig Öffnungen zuzulassen. Mittlerweile ist die Inzidenz soweit gesunken, dass der Non-Food-Einzelhandel auch in der Breite und ohne Test wieder öffnen konnte. Aufgrund der Delta-Variante und der bevorstehenden kalten Jahreszeit müssen wir leider wieder mit zunehmenden Krankheitsfällen rechnen. Es ist unsere oberste Priorität, angesichts dieser Situation einen weiteren Shutdown zu verhindern. Dazu benötigen wir eine hohe Impfquote in der Bevölkerung. Auf diesem Weg haben

wir schon große Fortschritte gemacht, sodass ein allgemeiner Lockdown aktuell nicht absehbar ist. Um aber sicher zu sein und endgültig zur Normalität zurückkehren zu können, müssen wir die Zahl der Impfungen noch weiter steigern. Daher werden unsere Anstrengungen jetzt darauf zielen, allen Menschen schnellstmöglich ein Impfangebot zu machen und auch die noch Zweifelnden vom Nutzen der Impfung zu überzeugen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir GRÜNE wollen unsere Innenstädte erhalten und fit für die Zukunft machen. Denn Innenstädte und Ortskerne bilden das wirtschaftliche Rückgrat von Städten und Regionen. Sie sind ein Stück Heimat, prägen unseren Alltag, sind Lebensmittelpunkt, Orte der Erholung, des Erlebnisses und der Zukunft. Deshalb legen wir ein Programm vor, das unsere Innenstädte fit für die Zukunft macht und mit dem wir auch dem von der Krise besonders betroffenen lokalen Non-Food-Einzelhandel neue Perspektiven eröffnen wollen. Der lokale Handel hat auch zukünftig einen festen Platz in unseren Innenstädten.

FDP: Die Corona-Pandemie einschließlich der anhaltenden Ladenschließungen hat den Einzelhandel besonders hart getroffen. Wir Freie Demokraten wollen Perspektiven und zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen starken Einzelhandel schaffen. Statt immer neuer Bürokratielasten fordern wir ein Entfesselungspaket für die Wirtschaft, in dem Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Statt immer höherer Steuer- und Sozialabgaben setzen wir auf eine spürbare Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen. So wollen wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum auch für den Einzelhandel in schwierigen Zeiten ermöglichen.

DIE LINKE: Angesichts der bisherigen, insgesamt sehr positiven Erfahrungen mit Corona-Impfungen gehen wir davon aus, dass die Pandemie bald der Vergangenheit angehören wird. Deshalb ist die Hoffnung berechtigt, dass der Einzelhandel wieder normal funktionieren wird. Viele Einzelhändler werden vermutlich von einem nachholenden Konsum-Effekt profitieren. Wichtig bleibt selbstverständlich, dass breite Schichten der Bevölkerung gute Ein-

kommensperspektiven haben. Auf die „Pandemie-Schulden“ der öffentlichen Hand mit einem „harter Spar-Kurs“ zu reagieren, wäre deshalb völlig falsch und nicht im Interesse des Einzelhandels.

2 Der Einzelhandel ist kein Hotspot des Coronavirus. Wie kann eine dauerhafte Öffnung der Geschäfte möglich sein, wenn wir noch länger mit dem Virus leben müssen? (Stichwort: Öffnungsperspektive)

CDU/CSU: Bund und Länder haben bei stabiler und sinkender Infektionslage Öffnungsschritte vereinbart, über die das jeweilige Bundesland entscheidet. Entscheidend für Planungssicherheit für den Einzelhandel ist nicht nur der Stufenplan, sondern auch die steigende Zahl geimpfter Personen, der digitale Impfpass sowie die Eindämmung der Risiken durch neue Virus-Mutanten.

SPD: siehe Antwort Frage 1

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die pandemische Situation entspannt sich zur Zeit, doch ist die Gefahr angesichts der ansteckenderen Virusmutationen noch nicht gebannt. Das Abstandhalten und Masken tragen in Innenräumen sind moderate Mittel, um gerade diejenigen zu schützen, die noch keinen vollen Impfschutz haben und Geschäfte offenzuhalten. Damit gute Online-Angebote dem stationären Handel neuen Schwung verleihen, braucht es neue, kreative Lösungen. Wir GRÜNE wollen Projekte weiter fördern, die mit Hilfe der Digitalisierung den lokalen Handel, das lokale Gewerbe und die Regionalvermarktung stärken.

FDP: Wir Freie Demokraten haben während der Pandemie schon frühzeitig Planbarkeit für den Einzelhandel durch eine klare Öffnungsperspektive gefordert. Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten hat im Februar einen Sieben-Stufen-Plan mit eindeutigen Kriterien für mögliche Öffnungsschritte erarbeitet, um auf unterschiedliche Lagen regional angemessen reagieren zu können (s. <https://www.fdpbt.de/sites/default/files/2021-02/Antrag%20Bundesweiter%20Stufenplan.pdf>). Auch im weiteren Verlauf der Pandemie müssen Geschäftsöffnungen möglich sein, wenn es das Infektionsgeschehen zulässt. Der Einzelhandel hat bereits gezeigt, dass dies mit effektiven Hygienekonzepten in der Praxis funktioniert – durch Begrenzungen

der Kundenanzahl, Corona-Tests oder digitale Kontaktnachverfolgung.

DIE LINKE: Aus der Pandemie müssen die richtigen Lehren gezogen werden. Zu diesem Zweck sollten die weltweit gesammelten Erfahrungen mit Anpassungs- und Öffnungsstrategien systematisch ausgewertet werden. Leider hat die bisherige Bundesregierung auf solche Untersuchungen weitgehend verzichtet und sich auf Mutmaßungen verlassen. Sollte es künftig Infektionswellen geben, ist eine dauerhafte Öffnung von Geschäften denkbar, wenn bewährte Maßnahmen (strenge Hygieneregeln, sehr schnelle Impfung, massenhafte Schnelltests, funktionierende Warn-App) zügig und konsequent eingesetzt werden.

Weg gebracht, November- und Dezemberhilfen verabschiedet und auch die Überbrückungshilfe III für Unternehmen inzwischen verlängert und ausgeweitet. Wir haben stets schnell und entschlossen gehandelt, um größeren wirtschaftlichen Schaden abzuwenden und bei Bedarf immer wieder nachgebessert bzw. aus Fehlern gelernt.

SPD: Bereits kurz nach Beginn der Pandemie wurden wirtschaftliche Hilfsinstrumente beschlossen, die Kurzarbeit massiv ausgeweitet und ein Konjunkturpaket im Umfang von 130 Milliarden Euro auf den Weg gebracht, mit dem auch langfristige Impulse für eine klimafreundliche und zukunftsfähige Wirtschaft gesetzt wurden. Dadurch ist es gelungen, Unternehmen und



3 Finanzielle Hilfen sind ein Teil der Corona-Strategie der Bundesregierung. Hier gab es einige Probleme bei der Umsetzung/Antragsstellung. Was raten Sie unseren Mitgliedern, um an eine umfassende und schnelle finanzielle Hilfe zu gelangen? Wie können beispielsweise Abschlagszahlungen schneller ausbezahlt werden?

CDU/CSU: Wir haben in der Krise stets nachgebessert und kontinuierlich angepasst. Erstens haben wir, um die Wirtschaft zu stabilisieren, Konjunkturprogramme verabschiedet und zweitens Überbrückungshilfen passgenau und zielgerichtet beschlossen. Zudem haben wir die Neustarthilfe auf den

Deutschland braucht – heute mehr denn je – ein soziales Gewerbenietrecht.

Beschäftigung zu sichern. Der Erfolg dieser Strategie wird auch von vielen internationalen Organisationen, wie etwa dem Internationalen Wirtschaftsfonds (IWF) attestiert. Die beispiellosen Hilfsinstrumente haben – vor allem im vergangenen Jahr – auch eine völlig neue Infrastruktur für die Beantragung von Hilfen erfordert. Hier hätten wir uns eine schnellere Umsetzung durch das fachlich zuständige Bundeswirtschaftsministerium gewünscht, denn das Ziel all dieser Maßnahmen ist es ja gerade, dass nötige Hilfe schnell ankommt. Mittlerweile hat sich die Auszahlung positiv entwickelt, da sich auch die Beantragungswege eingespielt haben. Fast

50 Milliarden Euro sind mittlerweile an Unternehmen und Selbständige ausgezahlt. Diese Gelder haben wesentlich geholfen, in einer beispiellosen Situation zu stabilisieren. Die SPD will, dass die wirtschaftlichen Hilfen so lange wie nötig bereitstehen. Finanzminister Olaf Scholz hat immer betont, dass Deutschland die nötigen Mittel dafür hat. Deshalb ist es unverstündlich, warum CDU/CSU bei diesen Fragen regelmäßig auf der Bremse standen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Auszahlung der Hilfen muss schneller und die Beantragung einfacher werden. Wir GRÜNE fordern einen Unternehmer:innenlohn und eine Erhöhung der Abschlagszahlungen auf 100 % für bis zu 200.000 € pro Monat. Bei vielen Einzelhandelsunternehmen ist nach Monaten der Krise die Eigenkapitalbasis ausgezehrt. Der Eigenkapitalzuschuss in den Überbrückungshilfen des Bundes ist ein erster Schritt, den wir ausbauen wollen. Darüber hinaus wollen wir es den Unternehmen ermöglichen, ihre Corona-Verluste mit den Gewinnen der letzten vier Jahre (derzeit ist dieser Verlustrücktrag auf ein Jahr begrenzt) zu verrechnen.

FDP: Eine Kurskorrektur bei den Überbrückungshilfen ist dringend geboten. Für uns ist es nicht hinnehmbar, dass die von der Bundesregierung versprochenen Wirtschaftshilfen zu spät, gar nicht oder in enttäuschender Höhe angekommen sind. Eine Vielzahl von Existenzen wurde dadurch gefährdet. Die Hilfen sind zudem sehr komplex ausgestaltet und haben einen hohen Bürokratieaufwand sowie große Unsicherheit für Unternehmen zur Folge. Seit Beginn der Pandemie fordern wir Freie Demokraten daher, dass kurzfristige Liquiditätshilfen direkt vom Finanzamt ausgezahlt werden können. Statt Steuervorauszahlungen von den Konten der Unternehmen abzubuchen, überweisen die Finanzämter eine negative Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer als Liquiditätssoforthilfe: die „Negative Gewinnsteuer“. Als Bemessungsgrundlage dient der letzte Steuerbescheid. In einem zweiten Schritt soll eine deutlich erweiterte Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre eingeführt werden. Damit sorgen wir in wirtschaftlichen Krisenzeiten für schnelle und unbürokratische Hilfen und verhindern unnötige Jobverluste und Insolvenzen.

DIE LINKE: DIE LINKE hat im Bundestag die Bundesregierung immer wieder ermahnt, ihre Hilfsprogramme vorab von Praxisvertretern auf ihre Tauglichkeit und Angemessenheit prüfen zu lassen. Leider haben Union und SPD darauf weitgehend verzichtet. Deshalb ist es seit der ersten Corona-Soforthilfe immer wieder zu schwerwiegenden Regelungslücken und handwerklichen Fehlern gekommen. Die Abschlagzahlungen hätten sehr viel schneller erfolgen können, wenn die Bundesregierung – wie von der LINKEN vorgeschlagen – die Finanzämter zur Prüfung von Unternehmensidentitäten, Steuernummern und Umsatzsteuernummern einbezogen hätte.

4 Wenn der Non-Food-Einzelhandel noch länger geschlossen bleibt, werden auch die Innenstädte einem „Stillelegungsprozess“ unterworfen. Wie können wir langfristig attraktive Innenstädte erhalten und gestalten, ohne dass viele Einzelhändler der Insolvenzgefahr ausgesetzt sind?

CDU/CSU: siehe Antwort Frage 1

SPD: Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Wir haben das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte“ initiiert, das wir kürzlich auf 250 Mio. Euro aufgestockt haben. Die gemeinsam mit den Ländern getragene Städtebauförderung werden wir weiterhin absichern. Wir unterstützen die Städte dabei, Nutzungsänderungen umzusetzen, ein Zentrenmanagement aufzubauen und mit Reallaboren innovative Konzepte zu entwickeln. Ein soziales Mietrecht für Gewerbemietler ist uns dabei ebenso wichtig, um Kleingewerbe und Einzelhandel vor Verdrängung zu schützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Innenstädte und Ortskerne sind das Herz einer jeden Stadt, und sie sind in der Krise. Um sie zu retten, fordern wir GRÜNE ein Gewerbemietrecht, das kleinere Geschäfte, soziale und kulturelle Einrichtungen vor Verdrängung schützt. Wir brauchen einen Städtebaunotfallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro im Jahr für Kommunen, um Leerstand beleben und Schlüsselimmobilien er-

werben zu können. Wir setzen mit Fuß- und Radverkehr und kühlenden Grünflächen auf Aufenthaltsqualität in Innenstädten und Ortskernen. Wir brauchen eine Digitalisierungsoffensive für den lokalen Handel.

FDP: Lebendige Ortskerne und Innenstädte sind essentiell für das gesellschaftliche Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden. Dazu gehört auch ein starker Einzelhandel, der Herausforderungen gewachsen ist. Wir wollen insbesondere darauf hinwirken, das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen gemäß den verfassungsmäßigen Vorgaben zu lockern und hierbei für Rechtssicherheit zu sorgen. Darüber hinaus gilt es, die vielerorts überforderte Infrastruktur durch den weiteren Ausbau und Erhalt des Straßennetzes sowie des öffentlichen Personennahverkehrs zu erneuern, um die Versorgung der Kunden und Geschäfte auch künftig zu sichern, und gleichzeitig Fahrverbote in den Innenstädten zu vermeiden. Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten hat dazu Anfang des Jahres den Antrag „Vitalere Innenstädte durch starken Einzelhandel“ mit weiteren Forderungen eingebracht (siehe <https://www.fdpbt.de/sites/default/files/2020-03/1916958.pdf>).

DIE LINKE: Wenn sich nach Corona nur noch Ketten und Filialen in den Stadtzentren die Miete leisten können, läuft etwas falsch. Dann veröden immer mehr Innenstädte zu herzlosen Konsummeilen. Das ist das Ergebnis von Spekulation und verfehlter Stadtentwicklungspolitik. Deutschland braucht – heute mehr denn je – ein soziales Gewerbemietrecht. Der Bund muss dafür sorgen, dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk, kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können. Der Kündigungsschutz für Gewerbemietverträge muss grundlegend geändert werden. Es braucht öffentliche Gewerberaumanbieter zur Sicherung gemeinnütziger Mieter:innen. Die generelle Befristung von Gewerbemietverträgen wollen wir abschaffen. Die Kündigung durch die Vermieterseite wollen wir rechtlich einschränken. Zudem fordern wir ein ausgeweitetes und preislimitiertes Vorkaufrecht für die Kommunen und, ja, auch Geld, damit



SPD-Kanzler-Kandidat und noch Finanzminister Olaf Scholz fordert ein soziales Mietrecht für Gewerbemietler.

Fotos: Die Grünen, Bundesministerium der Finanzen

die Kommunen leerstehende Ladenlokale erwerben und sozial vermieten können. Nicht zuletzt sollten die großen Profiteure der Pandemie wie etwa Amazon endlich umfassend besteuert werden. Wir wollen für die Kommunen Investitionsmittel zur Verfügung stellen, damit in attraktive Innenstädte, in bezahlbare und saubere Mobilität, in Kultur und in den ökologischen Umbau investiert wird. So können wir einen Kahlschlag als Folge des Lockdowns verhindern – und zugleich die Weichen für die Zukunft stellen.

5 Der Einzelhandel ist von Service-, Beratungsleistungen und dem Einkaufserlebnis vor Ort geprägt. Der Online-Handel kann diese Leistungen nur zum Teil bieten. Was raten Sie einem stationären Händler, wie er sich für das Jahr 2030 unternehmerisch aufstellen soll?

CDU/CSU: Damit der Einzelhandel auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften kann, muss die durch die Digitalisierung anhaltende Transformation genutzt werden. Weitere Investitionen in die digitale Transformation und digitale Kompetenzen sind unausweichlich – auch, um den Kundenfokus nicht zu verlieren. Dazu braucht es ein integriertes Online- und Offline-Angebot, um verschiedene Kanäle (Multichannel- und Marktplatz-Formate) für das Käuferlebnis anzubieten. Insbesondere Marktplatz-Formate werden in den kommenden Jahren für Unternehmenswachstum entscheidend sein. Dabei braucht es für Kunden mehr Transparenz und einen besseren Überblick, was

Wir unterstützen die Städte dabei, Nutzungsänderungen umzusetzen, ein Zentrenmanagement aufzubauen und mit Reallaboren innovative Konzepte zu entwickeln.

die Informationen über Güter, Preise und Empfehlungen sowie Personalisierung betrifft. Auch strategische Partnerschaften mit überregionalen Anbietern auf vor- oder nachgelagerten Stufen können bei der Reichweite und der Angebotsvielfalt unterstützend wirken.

SPD: Stationärer und Online-Handel sind für uns keine Gegensätze. Beide Vertriebsformen können sich sinnvoll ergänzen und für die Kund:innen durch ihre jeweiligen Stärken einen Mehrwert bieten. Der stationäre Handel bietet persönliche Kontakte und Beratung, der Online-Handel bietet mehr Flexibilität und Auswahl auch außerhalb urbaner Zentren. Wir wollen stationäre Händler stärker unterstützen, auch die Vorteile des digitalen Vertriebs zu nutzen. Dazu gehört besonders, dass wir gegen die Marktmacht der großen Handelsplattformen vorgehen wollen und stärker kleinere Plattformen fördern möchten, die regionalen Händlern mit Ladengeschäft ein zusätzliches Forum bieten. Zusätzlich wollen wir ein



Die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock will sich für eine Digitalisierungsoffensive für den lokalen Handel stark machen.

Wir brauchen einen Städtebaunotfallfonds in Höhe von 500 Mio. Euro im Jahr für Kommunen, um Leerstand beleben und Schlüsselimmobilien erwerben zu können.

KURZ & BÜNDIG

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und die Verbraucherzentralen warnen vor potenziell gesundheitsschädlichem Kunststoffgeschirr und To-Go-Artikeln mit Bambus-, Reis- oder Weizenfasern. Diese Produkte seien nicht für den Kontakt mit Lebensmitteln zugelassen, würden aber trotzdem seit Jahren verkauft. Produkte aus reinem Bambus wie Schneidebretter oder Essstäbchen sind von dieser Regelung nicht betroffen, sondern nur Gemische aus Kunststoff und Bambus beziehungsweise bestimmten anderen natürlichen Bestandteilen. Der vzbv und die Verbraucherzentralen fordern daher Behörden und die Bundesregierung auf, Verbraucher bundesweit zu informieren und die Produkte zurückzurufen. Weitere Informationen unter www.vzbv.de.

„Level Playing Field“ zwischen Online- und stationärem Handel schaffen. In der Vergangenheit haben Regelungslücken den Wettbewerb zugunsten der Online-Anbieter verzerrt. Dagegen sind wir bereits vorgegangen: Den Betrug mit der Umsatzsteuer auf Online-Handelsplattformen haben wir eingedämmt, eine Reform des Kartellrechts erlaubt ein schärferes Vorgehen gegen marktbeherrschende Online-Plattformen und im Rahmen der G20 hat man sich auf Betreiben von Bundesfinanzminister Olaf Scholz auf eine globale Mindestbesteuerung verständigt, die das Verschieben von Gewinnen ins Ausland erschweren wird. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen, um den stationären Handel noch weiter zu stärken: U.a. werden wir durchsetzen, dass Tariflöhne und Sozialstandards im Online-Handel die gleichen sind wie im stationären Handel, Regeln für Sonntagsarbeitszeit werden wir angleichen und ein soziales Mietrecht für Gewerbemieten schaffen. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ein vielfältiger stationärer Einzelhandel sorgt dafür, dass Innenstädte und Ortskerne attraktivere Orte werden. Dass mehr Vielfalt in den Innenstädten insgesamt auch gut ist für den ansässigen Einzelhandel, darauf weisen immer mehr

Studien hin. Läden neben Kulturprojekten, Kitas, neuer Wohnraum, Platz für Handwerk in Innenstadtlagen – all das macht mehr Aufenthalts- und Einkaufsqualität für die Kund:innen aus, die sie nicht im Netz finden. Damit der lokale Handel eine Chance hat, müssen zudem On- und Offline ineinandergreifen, dies wollen wir GRÜNE stärker fördern.

FDP: Eine wichtige Rolle für die Zukunft des Einzelhandels können hybride Vertriebswege im Einzelhandel spielen. Um dies zu unterstützen, wollen wir beispielsweise die Vernetzung von Start-ups und traditionellem Einzelhandel sowie technologische Beratung von KMU des Einzelhandels durch Verbände, Kammern, Beratungsstellen und (Fach-) Hochschulen fördern. Online-Geschäftsmodelle für Einzelunternehmen wie Handelsgenossenschaften in der Fläche können so realisiert und Prozesse nachhaltig digitalisiert werden. So können auch Ideen und Konzepte für ein erhöhtes Einkaufserlebnis realisiert werden.

DIE LINKE: Viele Einzelhändler werden sich wohl darauf einstellen müssen, ihre Produkte sowohl stationär als auch online anzubieten. Aufgabe der Politik sind faire Wettbewerbsbedingungen und die Wahrung der Rechtsgleichheit von kleinen und großen Unternehmen, von internationalen Filialisten und regionalen Anbietern. Große Handelskonzerne mit einseitiger Marktmacht und vor allem Plattformen sind deutlich schärfer zu kontrollieren als bisher. Das Wettbewerbsrecht muss dringend und umfassend an veränderte Bedingungen des Onlinehandels und an das Auftreten von Digitalkonzernen und „Datenkraken“ angepasst werden. Aus sozialen und ökologischen Gründen ist es darüber hinaus dringend nötig, den Zustelldienst zu regulieren. Vor allem „auf der letzten Meile“ sollte es gemeinsame Angebote verschiedener Zusteller geben - mit vernünftig bezahlten Jobs und mit sauberen Fahrzeugen. Ein „Recht“ auf stetiges Wachstum des Logistikverkehrs bei gleichzeitiger Abwälzung aller Folgekosten auf die Allgemeinheit gibt es für uns nicht. Hinzu kommt; Wenn sich alle für einen flächendeckenden Tarifvertrag für die gesamte Branche stark machen würden, könnten die Online-Händler nicht mehr von den niedrigeren Löhnen im Logistik-Bereich profitieren.



Foto: FDP/Diaperon

Wir wollen insbesondere darauf hinwirken, das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen gemäß den verfassungsmäßigen Vorgaben zu lockern und hierbei für Rechtssicherheit zu sorgen.

Oliver Hagemann, Referent Handelsverband Koch- und Tischkultur

Neue Konzepte für vitale Citys

Am 26. September findet die Bundestagswahl 2021 statt. Wir haben aus diesem Anlass die bundespolitischen Parteien angeschrieben und um deren Meinungen zur Coronasituation und zum stationären Fachhandel gebeten. Die Antworten zeigen überwiegend positiv auf, dass der Einzelhandel trotz nicht expliziter Benennung in den Wahlprogrammen der Parteien, einen positiven Stellenwert besitzt.



Foto: HWB

Oliver Hagemann
Referent Handelsverband Koch- und Tischkultur (GPK)

Einhelliger Tenor ist die Einsicht, dass der stationäre Fachhandel extrem unter den pandemischen Auswirkungen gelitten hat und viele Geschäfte in ihrer Existenz bedroht waren oder immer noch sind.

Klar ist auch, dass vitale Citys für das gesellschaftliche Zusammenleben in den Innenstädten essentiell sind. Leerstand ist der Tod einer jeden Innenstadt und muss dringendst verhindert werden. Eine große Herausforderung für die Zukunft: den perfekten Mix aus Einzelhandel, Freizeit, Tourismus, Gastronomie und Dienstleistung zu finden. Hier gibt es seitens der Parteien einige vielversprechende Ansätze. Die aktuellen Diskussionen und lokalen Maßnahmen hinsichtlich der innerstädtischen Infrastruktur wirken allerdings zum Teil überstürzt und ziellos. Mancherorts wird ein Großteil des Verkehrs über Nacht aus den Innenstädten verbannt. Das kann beispielsweise durch künstliche Verknappung von Parkplätzen (längs- statt querausgerichtete Parkplätze) oder durch Fahrbahnverengungen passieren. Der ÖPNV-Ausbau läuft hingegen wesentlich träger. Hier herrscht ein starkes Ungleichgewicht mit der Folge von Megastaus und Lieferverzögerungen. Auch wenn der Verbrennungsmotor so gut wie ausgedient hat, benötigen E-Autos ebenso künftig Parkplätze.

Auch die Digitalisierung ist für uns ein wichtiges Thema. Umso erfreulicher ist es, dass der Fachhandel längst an einer stärkeren Verzahnung zwischen On- und Offline-Business arbeitet. Corona hat schonungslos eventuelle Defizite in diesem Bereich freigelegt. Viele Kunden haben sich mittlerweile an den „Multi-Channel-Einkauf“ gewöhnt und erwarten ein hybrides Auftreten des Fachhandels. Gerade in diesem Bereich liegen auch viele Chancen für den stationären Fachhandel. Hervorzuheben sind die vom Handelsverband NRW initiierten Digitalcoaches, die Händler aus NRW bei Digitalisierungsprozessen beraten und begleiten.

Schauen Sie sich in Ruhe die Antworten der Parteien an und verschaffen Sie sich ein individuelles Meinungsbild.

Es grüßt Sie herzlichst

STANDPUNKT



Fotos: MWIDE NRW / Andreas Schmitter

Homann schenken-kochen-wohnen: Das Konzept konnte die Jury überzeugen

1. Preis beim „Helden des Handels“-Wettbewerb

„Neue Herausforderungen – erkennen, machen, meistern“ lautete das Thema des e-Commerce-Tages NRW, der diesmal nur virtuell stattfinden konnte. Neben Vorträgen und Diskussionsrunden wurde mit Bernard Homann auch der Gewinner des Wettbewerbs „Helden des Handels – mit Innovation gegen Corona“ ausgezeichnet.

Foto oben: Diskutierte auf dem Podium: Christina van Dorp (2. v. l.), Präsidentin des Handelsverbandes Koch- und Tischkultur.

Foto rechts: Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (u. 2. v. r.) übergab den Preis an Bernard Homann (o. r.).

Am 23. Juni fand unter dem Motto „Neue Herausforderungen – erkennen, machen, meistern“ der eCommerce-Tag NRW virtuell statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde der Gewinner des Wettbewerbs „Helden des Handels – mit Innovation gegen Corona“ prämiert. Der Handelsverband NRW und das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW hatten die Händler aus Nordrhein-Westfalen im Vorfeld dazu aufgerufen, ihre innovativen Ideen und Maßnahmen einzureichen, die sie ergriffen hatten, um der Coronakrise zu trotzen und für ihre Kunden auch weiterhin in dieser schweren Zeit da zu sein.

Aus allen Bewerbungen taten sich Homann schenken-kochen-wohnen und die Kinderboutique Zick-Zack besonders hervor und begeisterten die Jury mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, um durch die Zeit der coronabedingten Schließungen zu kommen und weiterhin für die Kunden da zu sein. Beide durften sich auf dem eCommerce-Tag einem letzten Publikumsvoting stellen. Das digital zugeschaltete Publikum wählte Homann

schenken-kochen-wohnen auf den 1. Platz und Zick Zack auf den 2. Platz.

Um der Pandemie entgegenzuwirken, hatte Bernard Homann u.a. folgende Aktivitäten initiiert: Es wurden Treuegutscheine an die Kunden ausgegeben, die nach dem Lockdown ihren Wert steigerten. Hiermit konnte Homann rund 18.500 Euro umsetzen. Außerdem wurden die Artikel konsequent durchnummeriert und es wurde auf Medienpräsenz im Privatfernsehen gesetzt. Hinzu kommt die Gründung des Labels „Lebensfreude by...“, das inzwischen in mehr als einem halben Dutzend Standorten in Nordrhein-Westfalen und Bayern vertreten ist und Sortimente für gehandicapte und ältere Menschen anbietet.

Wie kreativ der Handel sein kann und weiterführende Informationen zum Wettbewerb sind auf der Homepage <https://digitalcoachnrw.de/helden-des-handels-nrw/> zu finden. Dort werden sowohl die Preisträger als auch sämtliche Bewerbungsvideos präsentiert.



IMPRESSUM

Herausgeber

Handelsverband
Koch- und Tischkultur

Redaktion

Christian Haeser
Oliver Hagemann

GPK Verlag-@ Service GmbH

Geschäftsführer:
Thomas Grothkopp (verantwortl.)
Frangenheimstraße 6, 50931 Köln
Tel. 0221/940 83-20
gpk@hwb.online
www.hwb.online

Redaktionsschluss: 5. August 2021